

KAROL KOSTRZEBSKI

Rechtsextreme in Polen

Die Entwicklung rechtsextremer Bewegungen in Polen nach 1989 führte zur Marginalisierung und Spaltung des ultrarechten politischen Lagers. Das Spektrum der extremen Rechten verändert sich auch weiter sehr schnell. In diesem Prozeß verschwinden kleine politische Grüppchen und entstehen – meist über Spaltungen – neue Bündnisse. Das gesamte rechtsextreme Lager ist äußerst zersplittert und funktioniert nach dem ›Freund-Feind‹-Schema. Dennoch stellt der Rechtsextremismus noch immer ein Problem dar, denn er bedroht die Entwicklung der Demokratie in Polen. Um diese These zu begründen, sollen eingangs kurz die Hauptströmungen der polnischen extremen Rechten betrachtet werden.

Radio Maria

Sehr lebhaft entwickelte sich um den Sender *Radio Maria* gescharte fundamentalistische politische Spektrum. Dieser zu Beginn der neunziger Jahre von Pater Tadeusz Rydzyk begründete Sender ist einer von drei landesweit zu empfangenden Rundfunksendern. *Radio Maria* ist jedoch praktisch weltweit zu empfangen, da seine Sendungen über Satelliten und sogar von Ozeanschiffen aus übertragen werden. Das Programm des Senders besteht zu drei Vierteln aus religiösen Beiträgen, aus gemeinsamem Gebet und Katechese. Es besteht ständiger Kontakt zu den Hörern, die jederzeit den Programm-Moderator anrufen und ›auf Sendung gehen‹ können. Das Profil des Senders ist durch extrem verstandenen Katholizismus gekennzeichnet, was sich selbst in bestimmten Ritualen äußert. So werden in Gesprächen nicht die traditionellen Grußformeln (›Guten Tag‹, ›Auf Wiedersehen‹), sondern versteinerte religiöse Wendungen wie »Gelobt sei Jesus Christus« und »Maria ewig Jungfrau« verwendet.

Am Abend nimmt das Programm vor allem in den täglichen Fortsetzungen der »Unvollendeten Gespräche« ideologisch-politische Züge an. In diesen mehrstündigen ›Séancen des Hasses‹ wird versucht, die Europäische Union, die regierenden Eliten verächtlich zu machen, kurzum gegen alles zu hetzen, was vom traditionellen katholischen Weltbild abweicht. Die charismatischen Auftritte des ›Pater Direktor‹ des Senders, Tadeusz Rydzyk, und die Vorträge der von ihm eingeladenen Gäste propagieren polnischen Nationalismus, katholisches Einheitsstreben und Antimodernismus.

Die Sendungen von *Radio Maria* werden regelmäßig von Millionen Polen gehört, vor allem von Rentnern, Langzeitarbeitslosen

Karol Kostrzebski – Jg. 1971; Dr. phil., Politikwissenschaftler, studierte an der Universität Warschau, an der Freien Universität Berlin und an der Humboldt-Universität zu Berlin, promovierte über rechte Gruppierungen im politischen System Deutschlands und ist zur Zeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Politikwissenschaft an der Humanistischen Hochschule in Pultusk sowie Berater beim Präsidentenbüro der Stadt Warschau.

sowie generell von den ›Verlierern der Modernisierung‹. Die Hörer des Senders sind mehrheitlich sehr arm, haben das Gefühl, daß ihnen Unrecht geschieht und daß sie aus der gesellschaftlichen Entwicklung in Polen ausgeschlossen werden. Für viele von ihnen ist *Radio Maria* die einzige Quelle des ›wahren‹ Wissens über die Welt. Sie lauschen daher nahezu pausenlos seinen Sendungen. In manchen Kirchgemeinden werden Rundfunkgeräte installiert, mit denen man nur *Radio Maria* empfangen kann. Die Hörer des Senders bilden lokale Gemeinschaften, die ›Radio-Maria-Familien‹ genannt werden. Der Integration dieser Gemeinschaft dienen landesweite Pilgerfahrten und andere religiöse Veranstaltungen, an denen sich manchmal Hunderttausende beteiligen. Diese Versammlungen beinhalten neben rein religiösen Elementen auch Unterhaltungsveranstaltungen, beispielsweise Auftritte von Stars der Volksmusik, sowie politische Indoktrination. Das mediale Imperium von *Radio Maria* vergrößert sich ständig. Seit einigen Jahren wird die eng mit dem Sender verbundene Zeitung *Nasz Dziennik* (Unsere Zeitung) herausgegeben. Pater Tadeusz Rydzyk plant zudem die Errichtung eines gewaltigen Bildungskomplexes in Toruń. Dazu verlangte er vom Stadtrat die unentgeltliche Bereitstellung mehrerer Hektar Baugrund. Weil linke Ratsmitglieder Einspruch erhoben, ist diese Transaktion noch nicht wirksam geworden.

Der Sieg der Rechten bei den Sejmwahlen 1997 war auch ein politischer Erfolg von *Radio Maria*. Die mit diesem Sender verbundenen Kandidaten waren auf den Listen des Rechtsblockes *Wahlaktion Solidarność* (Akcja Wyborcza Solidarność – AWS) untergebracht worden. Sejmmandate erhielten mit Unterstützung des Senders etwa 20 Kandidaten, die bald im Parlament ihre Unabhängigkeit von der AWS-Fraktion erklärten. Nach zahlreichen Abstimmungen, bei denen sie gegen die Fraktionsdisziplin verstießen, verließen die Wortführer der Anhänger von *Radio Maria* die AWS-Fraktion und bildeten eine eigene kleine Abgeordnetengruppe mit der Bezeichnung »Polnische Übereinkunft« (Porozumienie Polskie). Ihr Wirken war durch zahlreiche Skandale gekennzeichnet. Einer der Anführer der Gruppe, der Abgeordnete Witold Tomczak, wurde dadurch berühmt, daß er gemeinsam mit der rechten Abgeordneten Halina Nowina-Konopczyna in der Warschauer Galerie *Zachęta* (Ermunterung) eine angeblich ›antichristliche‹ Skulptur zerstörte. Das Werk stellte den durch einen gewaltigen Felsbrocken niedergedrückten Papst Johannes Paul II. dar. Tomczak riß den Felsbrocken demonstrativ von der Figur des Papstes. Die Tat leitete eine ganze Reihe weiterer Skandale ein. Er initiierte eine Unterschriftenkampagne, um die Ablösung der Galeriechefin Anda Rotenberg zu erreichen. Der dazu aufgesetzte ›offene‹ Brief enthielt antisemitische Ausfälle. Tomczak warf der Direktorin ihre jüdische Herkunft vor und empfahl ihr, solche Skulpturen in Israel auszustellen. Den Schandbrief unterschrieben mehrere Dutzend Abgeordnete unterschiedlicher Fraktionen. Dem ganzen setzte die Krone auf, daß der rechte Kulturminister Kazimierz Michał Ujazdowski wenige Wochen nach der Affäre Frau Rotenberg tatsächlich abberief.

In der Sejmwahlkampagne des Jahres 2001 beschlossen die Anhänger von *Radio Maria*, den Wahlkampf auf eigene Faust zu be-

ginnen, und das trotz mehrfacher Bemühungen von AWS-Chef Marian Krzaklewski, eine gemeinsame Liste aufzustellen. Am 4. Februar 2001 wurde die neue Partei *Liga Polskich Rodzin* (Liga der polnischen Familien) gegründet. Nationale Solidarität avancierte, ähnlich der Linie des FPÖ-Chefs Jörg Haider und anderer Anführer der extremen Rechten in Westeuropa, zu ihrem Schlüsselbegriff. Neben nationalistischen Losungen propagiert die Liga einen fundamentalistischen Katholizismus und deklariert unverhohlen: »Der Pole ist Katholik!« Die Partei tritt offen gegen die Europäische Union auf, indem sie behauptet: »Mit diesem modernen Turm von Babel werden wir Arbeitslosigkeit importieren, fremdes Brot essen und auf der Straße kampieren.« Die Anpassung an die Standards der Union werden als für Polen »mörderisch« charakterisiert. Es wird zur Neuverhandlung der mit den Europäischen Gemeinschaften abgeschlossenen Abkommen aufgerufen, um »die polnische Politik vom Diktat Brüssels und Berlins zu befreien«¹.

Um die Liga haben sich nunmehr viele weitere faschistoide rechtsextreme politische Grüppchen geschart. Erwähnenswert sind die noch vor dem Zweiten Weltkrieg entstandene älteste Organisation der polnischen äußersten Rechten, die *Nationalpartei* (Stronnicstwo Narodowe) sowie ihre Jugendorganisation *Allpolnische Jugend* (Młodzież Wszepolska) und extremistische Teile der Gewerkschaft *Solidarność*, die vom Chef der Gewerkschaftsgruppe in der Traktorenfabrik *Ursus*, Zygmunt Wrzodak, repräsentiert wird.

In der *Liga der polnischen Familien* tummeln sich jetzt auch einige populistische Anführer der politischen Klasse, die vorher schon Mitglieder verschiedener anderen Parteien waren; dazu gehört insbesondere der Bauernführer Gabriel Janowski, der durch seinen kompromißlosen Kampf für den Unternehmensverbund *Polnischer Zucker* bekannt wurde. Um politischen Druck auszuüben, verschanzte er sich im Finanzministerium, von wo er durch die Polizei entfernt werden mußte. Mehrfach okkupierte er das Rednerpult des Sejm und blockierte die Parlamentsdebatte. Einige Male mimte er in der Öffentlichkeit einen psychisch Gestörten. Ferner zählt dazu Antoni Macierewicz, ein ehemaliges Mitglied des legendären *Arbeiterverteidigungskomitees* (Komitet Obrony Robotników – KOR) und Angehöriger der illegalen antikommunistischen Opposition. Als Innenminister veröffentlichte er 1992 Archivmaterialien des polnischen Amtes für Staatssicherheit und stellte Listen mutmaßlicher Agenten des Geheimdienstes zusammen. Auf Macierewicz' Liste figurierte auch der damalige Staatspräsident Lech Wałęsa und der Sejmarschall Wiesław Chrzanowski. Die meisten der der heimlichen Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Regime Beschuldigten konnten ihre Unschuld bald beweisen, die Macierewicz-Liste wurde zum Symbol der politischen Kompromittierung. Unbeeindruckt von den Folgen seines Handelns (innerhalb von 24 Stunden nach der Veröffentlichung der Liste war die gesamte Regierung entlassen) begann ihr Autor seinen Marsch durch rechte Organisationen.

Auch Jan Olszewski, Premier der rechten Regierung von 1992 und Begründer der *Bewegung für den Wiederaufbau Polens* (Ruch Odbudowy Polski – ROP) ist Aktivist der *Liga der polnischen Familien*. Seine eigene Bewegung bezeichnete er als »Unabhängigkeitsforma-

1 Wahlprogramm der Liga der polnischen Familien, Punkt 23.

tion«, was allerdings nach 1989 nicht viel bedeutete. Nach 1997 wurde ROP mit einigen Sejmmandaten zur rechten Konkurrenz für die regierende AWS.

Die Kreise um *Radio Maria* haben nicht nur Ambitionen in den laufenden politischen Auseinandersetzungen. Im Interesse einer langfristigen Einwirkung auf die politische Kultur der polnischen Gesellschaft wurden am Vorbild der westeuropäischen Neuen Rechten orientierte Einrichtungen geschaffen. Ein Beispiel dafür ist das 1998 gegründete *Institut für nationale Erziehung* (Instytut Edukacji Narodowej). Das Ziel dieser als Stiftung registrierten Organisation ist die Durchsetzung einer reaktionären Weltanschauung und einer tendenziösen Sicht auf die Entwicklung der menschlichen Zivilisation. Das inhaltliche Fundament sollen »drei Grundgemeinschaften des Menschen« bilden: »Kirche, Vaterland und Familie«. Das Unterrichtsprogramm ist hierarchisch aufgebaut und führt zur Einweihung in immer tiefere Geheimnisse, die in Rekollektion gipfelt, die vom *Orden der Redemptoristen* vorgenommen wird, dem *Radio Maria* untersteht. Hauptadressat dieser Bestrebungen sind Kinder und Jugendliche. Ein wahrer Skandal ist die Tatsache, daß das Volksbildungsministerium, das von 1997 bis 2001 von der Rechten beherrscht wurde, die vom *Institut für nationale Erziehung* angebotenen Vorträge und Lehrgänge akzeptierte. Ein zweisemestriger Weiterbildungslehrgang für Lehrer wurde vom Volksbildungsministerium offiziell genehmigt und figuriert im Vorlesungsverzeichnis! Erfreulich ist die relativ geringe Resonanz. Wie das Institut selbst angibt, absolvieren jährlich 140 Teilnehmer das volle Programm ideologischer Indoktrination.

Hervorzuheben ist die unerhörte Aggressivität der politischen Strukturen von *Radio Maria*. Der den Sender leitende »Pater Direktor« Tadeusz Rydzik verfolgt konsequent die selbst gestellten Ziele. Die Reichweite von *Radio Maria* ist wesentlich größer als die des ersten Programms des staatlichen polnischen Rundfunks und das politisch-mediale Imperium des Senders dehnt sich immer weiter aus. Der »Nischencharakter« von *Radio Maria* und seiner Ableger bewirkt, daß viele Beobachter den Einfluß des Senders auf das politische Leben Polens bagatellisieren. Der Erfolg der *Liga der polnischen Familien* bei den Sejmwahlen vom 23. September 2001 (7,87 Prozent der Stimmen, 38 Mandate) kann jedoch den Beginn einer Konsolidierung der polnischen extremen Rechten mit allen negativen Konsequenzen bedeuten. Nicht zuletzt könnte sie den Beitritt zur Europäischen Union erschweren.

Die traditionelle extreme Rechte

Unter den traditionell rechtsorientierten politischen Bewegungen in Polen spielt die 1981 gegründete *Nationale Wiedergeburt Polens* (Narodowe Odrodzenie Polski – NOP) die Hauptrolle. Seit 1992 agiert sie als politische Partei und hat vor allem Zulauf bei Jugendlichen, darunter nicht wenigen Anhängern der Skinhead-Subkultur. Seit Jahren eine Randerscheinung, ist sie doch ein Hort der Heranbildung rechtsextremer Aktivisten, die in dieser Organisation ihren ersten politischen Schliff erhalten.

Die NOP konzentriert sich heute auf Verlagsarbeit. Sie verbreitet

fünf eigene Titel und zwei Zeitschriften, die an die Traditionen der rechtsextremen Vorkriegsbewegung ONR-Falange anknüpfen. Im Hauptorgan der NOP, der Zeitschrift *Szczerpiec* (Krönungsschwert), kann man unter anderem lesen, daß im November 1998 die Schaffung einer gesamteuropäischen ›Anti-EU-Front‹ angeregt wurde.² Die Anti-EU-Deklaration unterzeichneten neben der NOP Vertreter der italienischen *Forza Nuova*, der britischen *Third Position* und der rumänischen *Eisernen Garde*.

In einer anderen NOP-Zeitschrift mit dem Titel *Krucjata* (Kreuzzug) ist ein Interview mit dem britischen Terroristen Garym Yarbrough von der Organisation *The Order* abgedruckt, der, wie die Redaktion bemerkt, »den Weg des bewaffneten Kampfes« gewählt habe. Die von der NOP veröffentlichten Texte transportieren häufig extrem rechtes Gedankengut. In einem Artikel unter dem Titel *Den Denkenden zum Nachdenken* ist beispielsweise zu lesen: »Juden sind es nicht wert, auf unserem Planeten zu leben, der mit dem Blut der unschuldigen Opfer ihrer ewigen Intrigen getränkt ist.« Der sich »Honzik« nennende Verfasser appelliert an den Leser, er möge ein »apostolischer Ritter« sein, »der die Fackel des Glaubens mit der Hymne der allerheiligsten Jungfrau auf den Lippen trägt, welche Fackel diese verjudete Welt in Schutt und Asche verwandelt und mit seiner Brandröte das Ende der Teufel und Marionetten verkündet«. Der Radikalismus der NOP-Funktionäre richtet sich auch gegen die eigenen Gesinnungsgenossen. Die Redaktion ruft dazu auf, »alles kranke, nicht widerstandsfähige Gewebe« aus der Bewegung zu entfernen, damit »eine elitäre Menschengruppe entstehe, die bereit ist, die Wahrheit zu sagen«. Über diejenigen, die diese ›Wahrheit‹ nicht akzeptieren wollen, äußert sich der Autor folgendermaßen: »Ich meine, daß wir nicht gleich zum Völkermord greifen müssen. Ich bin kein Extremist. All denen, die mit uns nicht einverstanden sind, müssen wir nicht die Augen mit der Schlinge um den Hals öffnen. Die Deportation aller Abweichler wäre die entsprechende Lösung. Mögen tolerante Länder die Verräter, Perversen und Hochstapler bei sich aufnehmen und sie durchfüttern.« Bei den Sejmwahlen 2001 schloß die NOP ein Bündnis mit der antieuropäischen Wählergemeinschaft *Alternative*, die mit 0,46 Prozent an der Fünfprozentklausel scheiterte.

Eine mit der NOP verwandte politische Gruppe ist die *Allpolnische Jugend*, die den traditionalistischen Kreisen der katholischen Kirche nahe steht. Sie unterstützt, wie bereits erwähnt, den Sender *Radio Maria*. Ihr Führer Roman Giertych errang 2001 ein Sejmmandat für die *Liga der polnischen Familien*. Im Manifest der *Allpolnischen Jugend* ist zu lesen: »Die Grundpfeiler unseres Denkens sind drei fundamentale Werte: Katholizismus, Patriotismus und die Grundsätze der lateinischen Zivilisation. Wir wollen eine Konterrevolution im Denken und im Gewissen der jungen Generation erreichen.« Die *Allpolnische Jugend* zeichnet sich durch eine starke antideutsche Einstellung aus. In einem Appell an den Präsidenten der Republik Polen, an die Regierung und an den Sejm erklären die Wortführer der Bewegung, die europäische Integration läge ausschließlich im Interesse Deutschlands und nicht Polens. »Das strategische Ziel Deutschlands war und ist die Unterwerfung Mittel- und

2 Die im folgenden zitierten Artikel sind der Website ›www.atomnet.pl/~nop/prawa‹ entnommen.

Osteuropas. Die Einengung ihres Staates auf das Gebiet zwischen Oder und Rhein bewegt sie gerade heute zu solchen Schritten. Deutschland realisiert dieses Ziel auf verschiedenen Wegen. Einer ist der der bewaffneten Aggression und der Annexion. Der zweite ist der der zivilisatorischen, wirtschaftlichen und demographischen, und danach der kulturellen und politischen Expansion. Die Geschichte lehrt, daß der erste Weg früher oder später scheitert. Der zweite Weg dagegen erwies sich als wirksam. Auf diese Weise haben wir Pommern und Schlesien verloren und erst nach Jahrhunderten wiedergewonnen. Das wirtschaftlich, militärisch und politisch starke Deutschland, das die EU dominiert, greift wieder nach der zweiten Methode der friedlichen Expansion. Ihre Waffe ist das Kapital, eine dynamische Wirtschaft, eine hervorragende staatliche Organisation. Die europäische Rhetorik dient ausschließlich der Tarnung der imperialen Ziele. Die USA verheimlichen gar nicht, daß sie ihrem Verbündeten Deutschland bei der Unterwerfung des postkommunistischen Teils von Europa eine Sonderrolle zugesichert haben. In diesen Plänen soll Polen ein Rohstoffe und billige Arbeitskräfte lieferndes Hinterland, eine Standort schmutziger Industrien werden und die Polen ein Volk von Tagelöhnern. Die West- und Nordgebiete werden vorerst wirtschaftlich eingegliedert, ihre Inkorporation kann einstweilen noch warten. Diese Richtung ist nicht zu übersehen – wir geraten in die Position eines deutschen Satelliten.«³

3 Zitiert nach dem offiziellen Internet-Service der *Allpolnischen Jugend* (www.mw.k.pl).

Die *Nationalpartei* ist die älteste nationalistische Partei Polens. Wie ihr Ableger *Allpolnische Jugend* gehört sie zum Umfeld von *Radio Maria*. Die *Nationalpartei* ist eine typisch traditionalistische Partei. Sie widmet sich vor allem der Beweihräucherung des Begründers der Bewegung Roman Dmowski, eines Politikers vom Beginn des 20. Jahrhunderts. Mit dem Schild der *Nationalpartei* mit Zusätzen wie ›polnisch‹ oder auch ›demokratisch‹ schmücken sich noch mehrere kleinere untereinander zerstrittene politische Gruppen. Ihre Angehörigen bilden ein hermetisch abgeschlossenes Milieu, in dem sich alle kennen. Mit Ausnahme der Anführer wechseln sie ständig von einer Gruppe in die andere. In ganz Polen haben alle die Bezeichnung *Nationalpartei* im Namen führenden Grüppchen zusammen höchstens 2 000 Mitglieder.

Die ›gemäßigte‹ Rechte

Einige politische Bewegungen der rechtsextremen Szene gehören formal zur ›gemäßigten‹ Rechten. Die politischen Gruppierungen, von denen hier die Rede ist, sind Teil von ›politisch korrekten‹ rechten Parteien oder sind aus solchen hervorgegangen. Um das Phänomen der Existenz extremistischer Bewegungen innerhalb der ›normalen‹ Rechten zu erklären, ist es erforderlich, hier kurz auf die allgemeine Situation des rechten Lagers in Polen einzugehen.

Nach 1989 entstanden viele kleine rechte Parteien, die bis 1993 auch den aufeinander folgenden kurzlebigen Regierungen angehörten. Die 1993 erfolgte Einführung der Fünfprozentklausel brachte dem zersplitterten rechten Lager bei den Sejmwahlen eine herbe Niederlage. Lediglich die *Konföderation des unabhängigen Polens* (Konfederacja Polski Niepodległej – KPN) errang eine symbolische Vertretung im Sejm. Fast 35 Prozent der für die Rechte abgegebenen

Stimmen gingen verloren, da die einzelnen rechten Gruppierungen an der Fünfprozentklausel scheiterten.

Vor der Sejmwahl 1997 entstand aus 35 Einzelgruppierungen die bereits erwähnte *Wahlaktion Solidarność* (AWS). Dieser Block gewann die Wahlen und regierte – anfangs zusammen mit der zentristischen *Freiheitsunion* (Unia Wolności) bis zum Herbst 2001. Eine der Gruppierungen, die 1997 Teil der AWS wurde, ist die *Christlich-Nationale Vereinigung* (Chrześcijańsko-Narodowe Zjednoczenie – ZCHN). Diese Partei wurde vom Klerus unterstützt. Durch Beteiligung an der AWS konnte sich die ZCHN nahezu völlig vom Odium der Rechtslastigkeit freimachen. Ihr Programm beweist jedoch ihre ideelle Verwandtschaft mit der extremen Rechten. In der programmatischen Deklaration von 2001 ist unter anderem zu lesen: »Demokratie ist kein Wert an sich. Sie muß solchen fundamentalen Werten wie der Gemeinschaft der Nation und der Familie sowie den originären Menschenrechten dienen.«⁴

Bei der Propagierung dieser Begriffe beruft sich die ZCHN wie die *Nationalpartei* auf die Thesen des Heros des polnischen Nationalismus Roman Dmowski. Sehr verworren nehmen sich die Bekundungen der ZCHN hinsichtlich der Europäischen Union aus. Trotz verbaler Akzeptanz der Idee der europäischen Einheit, stehen die einzelnen Postulate dazu im Widerspruch. Die ZCHN wünscht sich nämlich die Europäische Union als Verbund völlig souveräner, auf der römisch-christlichen Zivilisation beruhender Mitgliedstaaten.

Die ZCHN ist auf die politische Macht fixiert. Nach 1989 war sie an jeder rechten Regierungskoalition beteiligt. Deswegen und auch wegen der bekannten »Postengier« vieler ihrer Funktionäre sucht die Partei ihr Bild in der Öffentlichkeit zu verschönen und vermeidet sie zu offene nationalistische Töne. Trotz des Anscheins, als gehöre sie zum Establishment, bleibt die ZCHN ihrem Wesen nach dennoch eine Partei der extremen Rechten.

Die extremistische Partei *Alternative* entstand erst vor den Sejmwahlen von 2001. Sie wurde von einigen Abgeordneten gegründet, die aus der AWS ausgeschieden waren. Diese repräsentierten mehrheitlich die *Konföderation des Unabhängigen Polen – Patriotisches Lager* (Konfederacja Polski Niepodległej – Obóz Patriotyczny KPN – OP), die sich der AWS angeschlossen hatte.

Hier sind wieder einige Worte zur Geschichte angebracht. Die KPN wurde 1977 gegründet und beruft sich auf die Tradition der von Józef Piłsudski geführten Unabhängigkeitsbewegung. Piłsudski war ursprünglich Sozialist, stieg aber, wie er sich selbst ausdrückte, »an der Haltestelle »Unabhängigkeit« aus der roten Straßenbahn« aus. Mit seinem Hauptkonkurrenten, dem Nationalistenführer Roman Dmowski, verband ihn eine lebenslange Feindschaft. Die Relikte dieser historischen Kontroversen wirken bis heute in der Existenz einer besonderen Organisation wie der *Konföderation des Unabhängigen Polen* nach. Bei den Sejmwahlen 1991 errang diese 7,5 Prozent, 1993 5,77 Prozent der Stimmen. 1997 gelangten mehrere Dutzend von ihr empfohlene Kandidaten als AWS-Abgeordnete in den Sejm. Es waren im wesentlichen diese Abgeordneten, die 2001 angesichts des Zerfalls der AWS die Bewegung *Alternative* ins Leben riefen. Deren Ideologie reduzierte sich auf die Losung »Nein zur EU!«.

4 Vgl. Programmatische Deklaration der ZCHN, Warszawa 2001.

Grundlage der Deklarationen der *Alternative* sind sowohl ökonomische als auch nationalistische Losungen. Im Jahre 2001 weilte auf Einladung der *Alternative Le Pens* Stellvertreter Bruno Gollnisch in Polen. Die erwähnten 0,46 Prozent bei den Sejmwahlen 2001 bedeuten sehr wahrscheinlich das Ende dieser Bewegung. Ihre Losungen übernimmt die viel stärkere und sich der Unterstützung kirchlicher Kreise erfreuende *Liga der polnischen Familien*.

Antisemitische Bewegungen

Beachtung verdienen auch antisemitische Aktivitäten, die sowohl von organisierten Gruppen als auch von Einzelpersonen ausgehen.

Die bedeutendste Domäne antisemitischer Bestrebungen ist das Presseimperium von Leszek Bubel, das auf mehreren Periodika, darunter die Wochenzeitung *Polen heute* (Teraz Polska) mit einer Auflage von 70 000, sowie auf zahlreichen Buchpublikationen basiert. Der Hauptinhalt dieser Publikationen ist von einem geradezu animalischen Antisemitismus geprägt, der an den berühmtesten *Stürmer* erinnert. Eigentlich ist Bubel Juwelier. Seine ›politische‹ Tätigkeit begann 1989 bei der *Partei der Bierliebhaber*. Seit der Mitte der neunziger Jahre mit rechtsextremen Kreisen im Bunde, wurde er durch zahlreiche politische und Sittenskandale bekannt. Als Präsidentschaftskandidat erhielt er 1995 weniger Stimmen als die nach dem Gesetz erforderliche Anzahl von Unterschriften, die überhaupt erst zur Kandidatur berechnigte. Dies ließ den begründeten Verdacht aufkommen, die angeblichen Unterstützerunterschriften seien von Bubels Wahlstab gefälscht worden. Während der Wahlkampagne wurde Bubel zum Helden eines Sittenskandals, als er in einem Bordell verprügelt wurde.

Obwohl Bubel als Person nicht ernst genommen wird, sind seine Aktivitäten wirksam und gleichzeitig höchst schädlich. An den meisten Kiosken Polens sind seine Broschüren aus der Serie »Erkenne den Juden« sowie die schon genannte Zeitung *Polen heute* erhältlich. Bei der Lektüre dieser Titel erhebt sich die Frage, wie solche Texte überhaupt gedruckt werden dürfen.

Auf der ersten Seite einer Nummer vom Mai 2000 prangte die Schlagzeile »Marsch der lebenden Agenten des Mossad«, womit auf den »Marsch der Lebenden« angespielt wurde, den israelische Jugendliche damals auf dem Gelände des KZs Auschwitz unternahmen. Daneben ist in einem »Offenen Brief an Aaron Nusselbaum« (so nannte die Redaktion den Abgeordneten Stefan Niesiołowski) zu lesen: »Ihre semitische Herkunft und Ihr Aussehen erklären die ordinäre Flegelhaftigkeit im Umgang und den biologischen Haß auf die christlich-nationalen Werte... Ich werde mich nicht auf Ihr Gossenniveau herablassen und einem rühdigen Jüdlein die Genugtuung einer Anzeige bereiten.« In derselben Ausgabe verkündet der Geistliche Tadeusz Woynowicz in einem Artikel mit der Überschrift »Was wollen die Juden heute« die These: »Polen ist ein jüdischer Staat mit einer jüdischen Regierung und einer jüdischen Elite an der Spitze der gesellschaftlichen Hierarchie sowie mit einer unförmigen Masse slawischer Arbeitskräfte... Polen wird als ein Staat von Juden gesehen mit etwa 15 Millionen slawischer Gastarbeiter.«⁵

Leszek Bubel unterstützte 1998 auf spektakuläre Weise die von Kazimierz Świtoni initiierte Aktion zur Verteidigung des Papstkreuz-

5 Im polnischen Original: »gastarbijterów« – Anmerkung des Übersetzers.

zes in Auschwitz. Świtoń gehörte während der kommunistischen Diktatur zu den legendären Untergrundpolitikern. Er stand mit dem *Arbeiterverteidigungskomitee* in Verbindung und war mehrfach inhaftiert. Nach 1989 wählte er den Weg der individuellen Politik in den Farben eines ›wahren Patrioten‹. Er blieb trotzdem im Hintergrund bis zum Beginn der Besetzung der Kiesgrube in Oświęcim, nicht weit vom KZ Auschwitz. Das dort stehende gewaltige Kreuz, das Papstkreuz genannt wurde, stieß auf den Widerspruch jüdischer Kreise, die forderten, den Ort des Nazivölkermords nicht durch irgend welche religiösen Symbole zu belasten. Kazimierz Świtoń rief jedoch nicht nur zur Verteidigung des Papstkreuzes, sondern auch dazu auf, in unmittelbarer Nähe weitere christliche Symbole aufzustellen. In einer mehrere Monate dauernden Aktion wurden über 200 weitere Kreuze aufgestellt. Angesichts der internationalen Kompromittierung ließ Premier Buzek sie schließlich von der Polizei beseitigen und auch den das Gelände besetzt haltenden Świtoń von dort entfernen. Der Prozeß gegen ihn wurde jedoch bald eingestellt.

Der dritte bekannte Antisemit ist der Regisseur Bohdan Poręba. Als aktiver Funktionär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) gehörte er zu deren nationalem Flügel. Im Jahre 1973 drehte er den Film »Hubal«, der in Polen viel Staub aufwirbelte. Er handelte vom verzweifelt Partisanenkrieg, den Major Hubal-Dobrzański 1939 bis 1942 gegen die deutsche Armee führte. 1981 gründete Poręba die *Patriotische Vereinigung Grunwald* (Stowarzyszenie Patriotyczne Grunwald), die sich von nationalkommunistischen Positionen aus gegen die damals in Polen im Gang befindliche Erneuerung wandte. Nach 1989 sprach Poręba schon nicht mehr vom Kommunismus, sondern verkündete nur noch antisemitisch eingefärbte nationale Parolen. Da er von den Filmemachern geschnitten wurde, drehte er nach 1992 auch keine Filme mehr. Bei der Sejmwahl von 2001 kandidierte er für die *Bauernpartei* (PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe). Nach Protesten von Journalisten wurde er jedoch von der Liste gestrichen.

Die antisemitischen Bestrebungen stießen in Polen auf die allgemeine Verurteilung aller seriösen politischen Kreise. Eine Ausnahme bildet paradoxerweise der durch seine antisemitischen Äußerungen bekannte Vorsitzende des Kongresses der amerikanischen Polonia Edward Moskal. In die Spalten der polnischen Presse gelangt dieser gewöhnlich zusammen mit dem Geistlichen Henryk Jankowski. Dieser erste Kaplan von Solidarność und Beichtvater von Lech Wałęsa wurde vor allem durch zwei Dinge bekannt: durch offen zur Schau getragenen Reichtum und durch seinen gleichfalls ostentativen Antisemitismus. Die praktischen Auswirkungen der Tätigkeit von Moskal und Jankowski sind eher unbedeutend, doch schädigen ihre Ausfälle das internationale Ansehen Polens.

Sonstige

Ein Rätsel bleibt für die Beobachter der polnischen politischen Szene die Bewegung *Samoobrona* (Selbstverteidigung), an deren Spitze der charismatische Bauernführer Andrzej Lepper steht. Lepper trat 1999 in Erscheinung, als er spektakuläre Straßenblockaden durch Bauern organisierte, die den Verkehr in ganz Polen lahmleg-

ten. Bei den Sejmwahlen 2001 erzielte er einen Überraschungserfolg, als *Samoobrona* mit 10,2 Prozent der Stimmen und 53 Mandaten zur dritten politischen Kraft in Polen avancierte. Lepper ist ein Populist, doch scheut er wie der Teufel das Weihwasser den Antisemitismus und alle extremistischen Deklarationen. Jedoch spürte die Presse seine Kontakte zum deutschen *Schiller-Institut* auf, das der rechtsextreme US-Politiker Hermyl Lyndon La Rouche gründete.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß die polnische extreme Rechte eine weitgehende Eigenspezifik aufweist. Der polnische Rechtsextremismus unterscheidet sich sowohl vom französischen als auch vom deutschen Pendant. Die polnischen ultrarechten Bewegungen sind weniger fremdenfeindlich und weniger gewalttätig. Dagegen kennzeichnet sie ein ausgeprägter katholischer Fundamentalismus. Eine wesentliche Rolle in der Entwicklung der extremen Rechten spielen in Polen traditionalistische Kreise der katholischen Kirche. Beträchtlich ist auch die antisemitische Komponente. Die institutionalisierten Aktivitäten der extremen Rechten sind wenig erfolgreich. Ein Problem ist die allgemeine Akzeptanz, die extremistische Ausfälle in der Gesellschaft finden. Die politische Kultur in Polen duldet Verhaltensweisen, die in Westeuropa undenkbar wären. Ein Beispiel liefert die Flut antisemitischer Witze nach der Aufdeckung des Massakers von Jedwabno, wo während des Zweiten Weltkrieges unter Beteiligung polnischer Täter Hunderte Juden umgebracht wurden.

Eine Herausforderung für die politische Zukunft Polens ist der Kampf der ganzen Gesellschaft gegen den alltäglichen Extremismus und ein parteiübergreifender Konsens hinsichtlich der Notwendigkeit, in der Bevölkerung verwurzelte Stereotype zu überwinden.

(aus dem Polnischen von RONALD LÖTZSCH)